

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

**Tarifeinigung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zeit- und inhalts-
gleich auf die Beamten, Richter und Versorgungsempfänger übertragen**

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Tarifeinigung für die Beschäftigten der Länder vom 17. Februar 2017 zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten, Richter und Versorgungsempfänger in Mecklenburg-Vorpommern zu übertragen.

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Der Tarifabschluss sieht für die Beschäftigten der Länder u. a. eine Anhebung der Gehälter um 2,0 Prozent rückwirkend zum 1. Januar 2017 beziehungsweise um 75,- Euro Mindestbetrag als soziale Komponente vor. Ein weiterer Anhebungsschritt um 2,35 Prozent ist zum 1. Januar 2018 vereinbart.

In Mecklenburg-Vorpommern hat sich in der Vergangenheit die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifeinigung auf die Beamten, Richter und Versorgungsempfänger als sachgerechte Lösung bewährt.

Im Rahmen des 7. Ordentlichen Landesdelegiertentages der Gewerkschaft der Polizei Mecklenburg-Vorpommern haben sich Vertreter aller Landtagsfraktionen für die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung ausgesprochen.

Öffentlichen Berichterstattungen zufolge strebt das Finanzministerium bislang keine inhaltsgleiche Übertragung an. Nach Auffassung des Landtages ist diese jedoch auch im Hinblick auf den sich verschärfenden Fachkräftemangel in der öffentlichen Verwaltung geboten. Die Mehrbelastungen sind aufgrund der aktuellen Haushaltslage gut zu finanzieren.